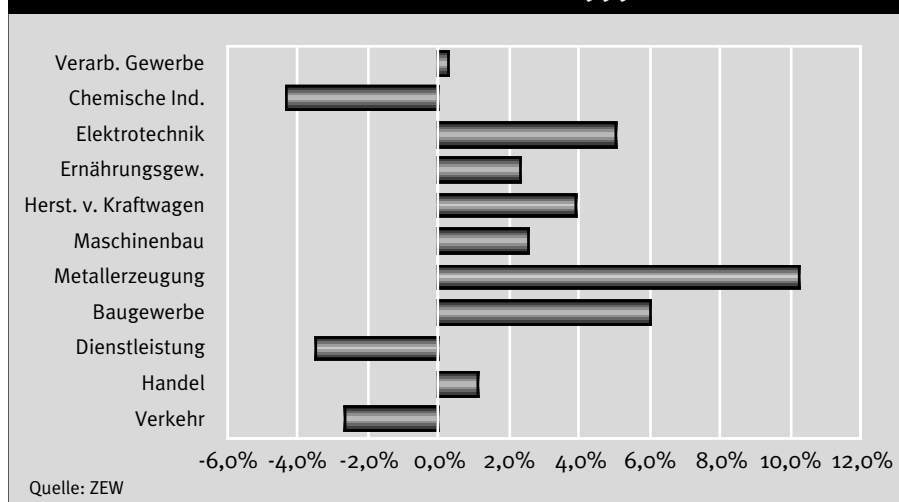


Steuerreform: Kaum Wachstumsimpulse

Die Maßnahmen zur Unternehmenssteuerreform 1999 sind weitgehend negativ zu beurteilen, da von den Änderungen keine positiven Wachstumsimpulse ausgehen dürften und sich teilweise sogar eine Verschlechterung der steuerlichen Belastungssituation für die Mehrzahl der Branchen einstellt. Darüber hinaus wird mit der geplanten ökologischen Steuerreform nicht das Ziel einer nachhaltigen Verbesserung des Klimaschutzes erreicht. Hierfür erscheint eher die Einführung einer europaweiten Umweltsteuer sinnvoll.

Veränderung der Gesamtsteuerbelastung durch die Steuerreform zum 1. 1. 1999



Die von der Regierungskoalition vorgelegten Gesetzentwürfe zur Unternehmenssteuerreform 1999, 2000 und 2002 wurden von ZEW und Lehrstuhl Prof. Jacobs hinsichtlich ihrer ökonomischen Auswirkungen auf den Unternehmenssektor sowie einiger steuersystematischer Aspekte untersucht (ZEW-Dokumentation Nr. 98-10). Hierfür wurden die Effekte der wesentlichen Steueränderungen auf die Steuerbelastung von Unternehmen mit dem European Tax Analyzer berechnet. Dabei zeigt sich, daß von der ersten Stufe der Reformmaßnahmen tendenziell eine Verschlechterung der unternehmerischen Rahmenbedingungen ausgeht. Dagegen stellt sich für die Stufe im Jahr 2002 eine Verbesserung der Situa-

tion heraus, selbst wenn eine teilweise Gegenfinanzierung angenommen wird.

Die Reformmaßnahmen 1999 sehen durch die Reduzierung des Steuertarifs einen entlastenden und durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einen belastenden Effekt vor. In Abhängigkeit von unternehmensspezifischen Charakteristika, die sich in der Branchenzugehörigkeit ausdrücken, führen diese gegenläufigen Maßnahmen in den meisten Fällen zu einer Erhöhung der Steuerbelastung.

Der erste Schritt der Reform (1999) verbessert somit nicht die internationale Wettbewerbssituation deutscher Unternehmen. Die Belastung von Unternehmen in Deutschland, die im internationa-

len Vergleich ohnehin sehr hoch ist, wird weiter erhöht. Tendenziell dürften vom ersten Reformschritt kaum Wachstumsimpulse für die Investitionsentscheidungen und Beschäftigungsnachfrage ausgehen. Dies ist in der weitgehenden Aufkommensneutralität begründet. Nur von einer Nettoentlastung des Unternehmenssektors werden jedoch diese positiven Impulse ausgehen können.

Die geplante ökologische Steuerreform 1999 hat aufgrund der niedrigen Steuertarife und zusätzlichen Ausnahmeregelungen kaum Auswirkungen auf die Belastungssituation der Unternehmen insgesamt. Dies gilt, mit Ausnahme des Verkehrssektors, für alle untersuchten Branchen. Allerdings resultieren auf Unternehmensebene nur äußerst geringe ökologische Lenkungswirkungen, so daß das angestrebte Ziel einer Verbesserung des Klimaschutzes mit dieser Reform kaum erreicht wird. Insbesondere wird durch die Nichtbesteuerung von

In dieser Ausgabe

Kommentar zur Steuerreform	1
IuK-Technologien	2
Hoffnungsträger Biomasse	3
Leitbild Baden-Württemberg	4
Wissenschaft für die Praxis	5
ZEW-Seminar	5/6
Neuerscheinungen	6
Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt: Moderate Lohnpolitik	8

Forschungsergebnisse

Kohle eine geplante Minderung der CO₂-Emission in Frage gestellt.

Weiterhin sollen nach dem Willen des Gesetzgebers Unternehmen ähnlich wie Arbeitnehmer künftig nach ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Per se stellt sich eine Gleichbehandlung der Einkunftsarten solange nicht ein, solange Gewinn- und Über-

schuß Einkünfte nach unterschiedlichen Prinzipien ermittelt werden.

Die Beseitigung von Ungleichbehandlungen zwischen Beziehern unterschiedlicher Einkunftsarten wird durch Gesetzesänderungen erkaufte, die mit bisherigen Bilanzierungskonventionen brechen. Gerade bezüglich der künftigen Behandlung von Rückstellungen ist hinter die-

sen kasuistischen Einzelfallregelungen eine geschlossene Systematik nicht zu erkennen, was der mit dem Gesetzentwurf bezweckten "Vereinfachung des deutschen Steuerrechts" (zumindest im Bereich der Gewinnermittlung) nicht dienlich ist. ◀

*Tobias H. Eckerle, 0621/1235-164
Alexander Wünsche, 0621/1235-166*

Bedeutung von neuen Technologien

Mit 80 Prozent entfällt der Großteil der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) auf den Dienstleistungssektor. IuK wird damit in diesem Sektor zu einem wichtigen Produktionsfaktor. Als Folge werden die Anforderungen an die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten steigen.

■ Eine neue ZEW-Studie auf Basis des Mannheimer Dienstleistungspanels baut auf einer früheren Untersuchung über den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Qualifikationsgruppen und neuen Technologien auf (s. Oktoberausgabe). Dort wurde gezeigt, daß der Einsatz von IuK-Technologien mit einer Verschiebung der Arbeitsnachfrage zugunsten von Akademikern verbunden ist.

Schwerpunkt dieser Studie sind die Determinanten der Qualifikationsstruktur und die Bedeutung der Produktionsfaktoren für die Leistungserstellung. Die Qualifikationsstruktur in den Dienstleistungen hängt von vielen Faktoren ab. So variiert der Anteil der Hochschulabsolventen je nach Branchen und Unternehmensgröße. Weitere Einflußfaktoren sind der Einsatz von IuK-Technologien, die Exportneigung sowie die FuE-Tätigkeiten in den Unternehmen. Bei export-

tierenden Unternehmen liegt der Anteil der Hochschulabsolventen um 4,5 Prozentpunkte höher als bei den Nicht-exporteuren. Auch FuE-Tätigkeit stellt höhere Anforderungen an das Qualifikationsprofil der Beschäftigten.

IuK-Technologien entscheidend

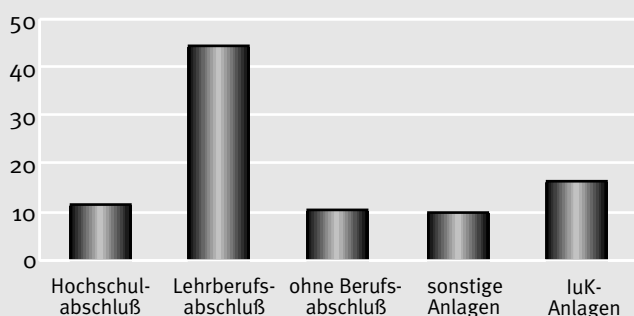
Die wichtigste Determinante der Qualifikationsstruktur ist jedoch der Einsatz von IuK-Technologien. Für alle Branchen ist ein enger Zusammenhang zwischen der Qualifikationsstruktur und dem Anteil der IuK-Ausgaben erkennbar. Dies gilt sowohl für Anwender (Großhandel, Banken, Freiberufler) als auch für Anbieter von IuK-Technologien (Datenverarbeitung und Software). Je mehr das Unternehmen in IuK-Technologien investiert, desto höher ist der Anteil der Hochschulabsolventen. Insgesamt ist jedoch der Anteil der IuK-

bzw. den Beitrag an der betrieblichen Leistungserstellung. Der wichtigste Produktionsfaktor in den Dienstleistungen ist die mittlere Qualifikationsebene (mit Fachschulabschluß oder Lehrberufsabschluß), gefolgt von Hochschulabsolventen und IuK-Technologien (siehe Abbildung). Arbeitskräfte ohne Berufsabschluß und sonstige Ausrüstungen und Bauten spielen eine untergeordnete Rolle. Damit wird zukünftiges Wachstum entscheidend von der Ausstattung mit Humankapital und neuen Technologien abhängen. Im Durchschnitt ist ein Produktionszuwachs von fünf Prozent nur durch eine Erhöhung der Zahl der Lehrberufsabsolventen um 2,5 Prozent, der Hochschulabsolventen um ein halbes Prozent oder der Steigerung der IuK-Investitionen um ein halbes Prozent möglich.

Darüberhinaus hängt die Produktivität der einzelnen Faktoren von der Branche ab. In den humankapitalintensiven Zweigen des Dienstleistungssektors (Software, Datenverarbeitung, FuE-Büros) sind Hochschulabsolventen neben der mittleren Qualifikationsebene mit Abstand der wichtigste Produktionsfaktor. Die Ergiebigkeit des Faktors IuK ist am höchsten bei Banken und Versicherungen sowie unternehmensnahen Dienstleistungen einschließlich Freiberufler. Im Einzelhandel spielt IuK dagegen eine untergeordnete Rolle. ◀

Martin Falk, 0621/1235-153

Beitrag zur betrieblichen Leistungserstellung



Angaben in Prozent.

Quelle: MIP-S 1995 und eigene Berechnungen

Investitionen am Umsatz mit durchschnittlich 1,3 Prozent relativ niedrig.

Weiterhin untersucht die Studie den Beitrag der einzelnen Produktionsfaktoren (IuK und verschiedene Qualifikationsgruppen) auf die Produktivität

Biomasse – ein Hoffnungsträger

Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit mehreren in- und ausländischen Instituten die Nutzung von Biomasse zur Erzeugung von Strom und Wärme bzw. für Transportzwecke anhand technischer, ökonomischer und umweltrelevanter Kenngrößen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, daß die Energiebereitstellung aus Biomasse in der Regel mit Umweltentlastungen verbunden und in einigen Fällen selbst unter den gegebenen energie-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirtschaftlich ist.

■ Innerhalb der Palette regenerativer Energieträger gilt die Biomasse als wichtigste Alternative zur Deckung zukünftiger Energienachfrage in der EU. In Finnland, Österreich und Schweden erreicht die Biomasse schon heute einen Anteil von mehr als 15 Prozent am Primärenergieverbrauch.

Die energetische Biomassennutzung hebt sich von anderen regenerativen Energien durch die Vielfalt an einsetzbaren Brennstofftypen und Anlagentechniken ab. Bei den Brennstoffen unterscheidet man neben pflanzlichen Reststoffen aus der Land- und Forstwirtschaft sowie der Industrie (z. B. Restholz) noch zwischen Produkten aus einem gezielten Energiepflanzenanbau (z. B. Zuckerrohr, schnell wachsende Baumarten). Auch gasförmige biogene Energieträger, wie Biogas aus Gülle, und flüssige wie Rapsöl, Rapsöl-methylester und Ethanol, die als Motor-kraftstoffe Verwendung finden, fallen in die Kategorie Biomasse.

Das 'BioCosts' Projekt deckt eine repräsentative Bandbreite von Biomasse-Anwendungen ab, indem mehrere Fallstudien für existierende Anlagen an ver-

schiedenen Standorten innerhalb der EU durchgeführt wurden. Jede Fallstudie wurde mit einem Referenzfall verglichen, in dem fossile Energieträger eingesetzt werden:

- Waldrestholz- vs. Kohleeinsatz in einer Wirbelschichtfeuerung im Heizkraftwerk Nässjö, Schweden (S1),
- Industrielle Holzabfälle vs. Heizöl für Kraft-Wärme-Kopplung mittels Kessel und Dampfturbine in Mangualde, Portugal (P1),
- Gas aus der Vergasung von Holz schnell wachsender Baumarten vs. Kohlenutzung zur Stromerzeugung in einem Gas und Dampfturbinen-Prozeß in Eggborough, Großbritannien (UK),
- Gas aus der Vergasung von Waldrestholz vs. Kohlenutzung für Kraft-Wärme-Kopplung mittels GuD-Anlage in Värnamo, Schweden (S2),
- Biogaserzeugung aus Gülle vs. Erdgaseinsatz für Motoren-Blockheizkraftwerk in Hashøj, Dänemark (DK),
- kaltgepreßtes Rapsöl vs. Dieselmotorenkraftwerk in Weissenburg, Deutschland (D).

Für eine Abschätzung der Umweltwirkungen wurden Emissionsinventare für jede Stufe der Energieumwandlung erstellt. Die wichtigsten Umwelteinflüsse wurden bestimmt und soweit möglich bis hin zu ihrer Wirkung auf unterschiedliche Rezeptoren nachgezeichnet. Die externen Kosten reichen von 0,001 bis zu 0,18 ECU/kWh. Die Biomasetechnologien schneiden mit einer Ausnahme besser ab als die fossilen Referenztechniken.

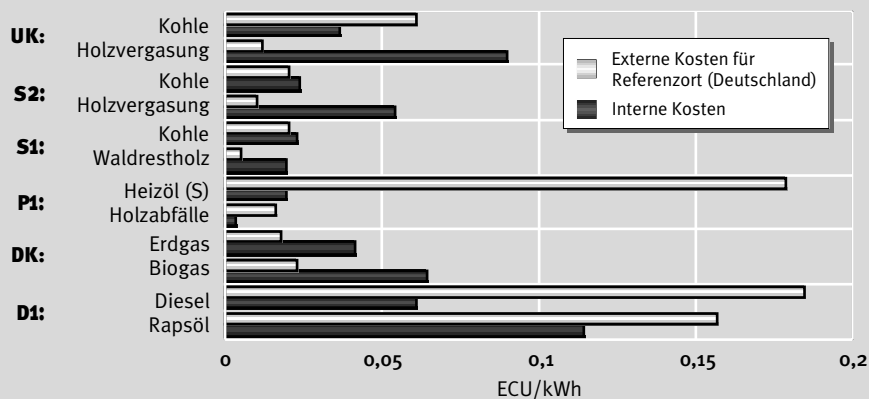
Einsatz schon wirtschaftlich

Insgesamt wird deutlich, daß eine gut organisierte energetische Verwertung von Biomasse anstelle fossiler Energieträger einige entscheidende Umweltvorteile mit sich bringen kann. Vor allem kann die Verwertung gasförmiger und fester biogener Brennstoffe einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung von klimarelevanten Gasen wie CO₂ leisten. Für den Bereich konventioneller Schadstoffe ist das Bild etwas differenzierter. Was SO₂ Emissionen betrifft, schneiden alle Biomassefallstudien besser ab, nicht so bei den NO_x und CO Emissionen. Der Grund liegt allerdings in den Umwandlungstechniken und nicht darin, daß Biomasse als Brennstoff eingesetzt wird.

Auch bei den Stromgestehungskosten zeigen die Fallstudien große Unterschiede. Zwei Fallstudien sind bereits unter heutigen Bedingungen wirtschaftlich (S1 und P1). Für die anderen Biomasseanlagen gilt, daß sie bis zu 100 Prozent teurer sind als ihre fossilen Vergleichsanlagen. Bei Einbeziehung externer Gesundheitskosten und der Berücksichtigung potentieller Klimaschäden würden jedoch für eine Reihe weiterer Biomasetechnologien (UK, S2 und DK) schon heute klare ökonomische Anreize bestehen. ◀

*Isabel Kühn, 0621/1235-216
Helmuth-M. Groscurth, 0621/1235-219*

Biomasetechnologien im Vergleich mit fossilen Technologien



Externe Kosten berechnet als Effekte von Luftschadstoffen auf die menschliche Gesundheit.
Interne Kosten gemessen als Investitionskosten, Arbeitskosten sowie Betriebs- und Instandhaltungskosten.
Quelle: ZEW

Baden-Württemberg – Ein Land im Aufbruch

■ Jeder Zukunftsentwurf muß die Ausgangssituation mit ihren Stärken und Schwächen kritisch analysieren. Baden-Württemberg ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Es bedarf aber aller Anstrengungen, um diese Position zu halten und auszubauen. Das Leitbild will dazu beitragen.

Der Innovationsbeirat (s. Kasten) hat einen Entwurf für ein Leitbild zu den vier Themenschwerpunkten „Wirtschaft und Beschäftigung“, „Bildung und Wissenschaft“, „Forschung und Technologie“, „Staat und Gesellschaft“ vorgelegt. Dieses Leitbild soll ein praxisnaher Orientierungsrahmen sein. Es soll sich auf Szenarien der wirtschaftlichen, strukturellen

ler baden-württembergischen Firmen sind Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 500 Beschäftigten. Damit hat das Land die mit Abstand größte Industriedichte Westdeutschlands. So arbeitet in Baden-Württemberg jeder zwölfte Einwohner im Verarbeitenden Gewerbe, und fast ein Fünftel der Erwerbstätigen ist im Handwerk beschäftigt.

Der Trend zu Dienstleistungen war lange Jahre in Baden-Württemberg unterdurchschnittlich ausgeprägt. Wegen der hohen Industrialisierung und der Dominanz großer Unternehmen überrascht es wenig, daß eine stärkere Dienstleistungsorientierung Zeit braucht. In den vergangenen Jahren sind in

Baden-Württemberg allerdings enorme Anstrengungen beim Strukturwandel hin zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft unternommen worden. Inzwischen hat Baden-Württemberg zum Bundesdurchschnitt aufgeschlossen: Der Dienstleistungssektor erwirtschaftet mittlerweile

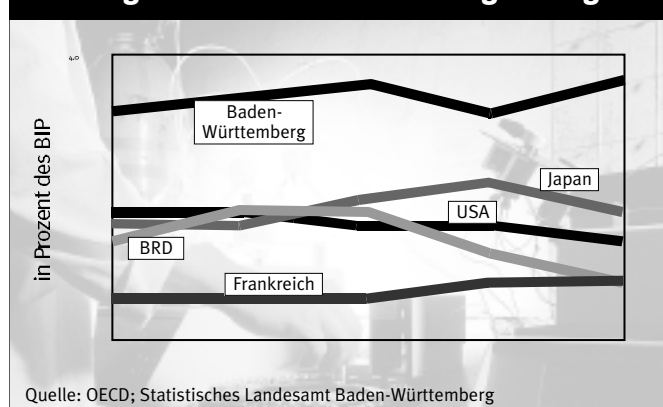
zwischen Wissenschaft, Politik und industrieller Praxis können – trotz hoher Qualifikation aller Beteiligten – jede Innovation zum Scheitern bringen.

Wissenstransfer stärken

Das Leitbild schlägt zur Verbesserung des Technologietransfers unter anderem folgende Maßnahmen vor. Einmal sollten die institutionalisierten Strukturen des Technologietransfers durch Suchinitiativen von Seiten der Unternehmer ergänzt werden, um den Wissenstransfer zu den Unternehmen zu verbessern. Den Verbänden und Kammern fielen Aufgaben und Verantwortlichkeiten als „Anstifter“ zu.

Weiterhin sollte der Technologietransfer auch in neuen Industrien und dem Dienstleistungssektor verstärkt gefördert werden. In diesen Bereichen gelten grundsätzlich ähnliche Regeln wie für traditionelle und etablierte Wirtschaftsbereiche des Landes: Sie gedeihen am besten in einem Netz von Konkurrenten, Zulieferern, Kunden, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, und sie bedürfen einer spezifischen Infrastruktur. Dieses Muster hat traditionelle Industrien Baden-Württembergs wie den Automobilbau stark gemacht. ◀

FuE-Ausgaben in Baden-Württemberg im Vergleich



und technologischen Entwicklung unterstützen, politischen Handlungsbedarf im Land Baden-Württemberg aufzeigen sowie Ziele formulieren.

Die baden-württembergische Wirtschaft nimmt international eine Spitzenstellung ein, und auch die Wissenschaft ist weit über die Landesgrenzen hinaus beachtet. Das Bundesland hat sich insbesondere im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Elektroindustrie einen guten Ruf als Industriestandort geschaffen. Es verfügt zudem über ein tatkräftiges Handwerk und Baugewerbe sowie eine moderne Landwirtschaft. Hinzu kommen noch einmal etwas mehr als 15.000 Forstbetriebe.

Als Erfolgskonzept Baden-Württembergs wurde und wird die enge regionale Verflechtung zwischen Großunternehmen und mittelständischen Unternehmen angesehen. Mehr als 90 Prozent al-

le knapp 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Jeder dritte Arbeitsplatz hängt in Baden-Württemberg vom Export ab. Rund 70 Prozent der Industrieexporte erwirtschaften die vier Branchen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektroindustrie und Chemie. Damit stellen die Unternehmen ihre Innovationskraft und technologische Leistungsfähigkeit unter Beweis.

In Baden-Württemberg sind 20 Prozent der Erwerbstätigen direkt und indirekt mit der Produktion forschungsintensiver Güter beschäftigt. Entscheidend für Innovationen sind die Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaftlern und Entwicklern verschiedener Disziplinen, zwischen den verschiedenen Berufs- und Statusgruppen in den Unternehmen sowie zwischen verschiedenen staatlichen Institutionen. Denn Kommunikationsprobleme

Der Innovationsbeirat wurde 1994 von der Landesregierung Baden-Württemberg einberufen. Führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft sollen die Landesregierung in allen wirtschafts-, wissenschafts- und technologiepolitischen Fragen beraten. Im September 1996 startete die Phase, die den Entwurf eines Leitbildes zur Aufgabe hatte.

Wissenschaftler des ZEW, einschließlich des wissenschaftlichen Direktors, Prof. Dr. Wolfgang Franz, haben als externe Sachverständige dem Innovationsbeirat zur Seite gestanden und bei der Erstellung des Leitbildentwurfes mitgewirkt (Ansprechpartner: Dr. Alfred Spielkamp, 0621/1235-174). Der Innovationsbeirat wünscht sich eine öffentliche Diskussion zum vorgelegten Entwurf und Anregungen und Stellungnahmen von möglichst vielen Bürgern und Institutionen. Das Leitbild ist unter www.BW-innovativ.de im Internet abrufbar.

Finanzmarkt-Ökonometrie

■ Seit mehreren Jahren bietet das ZEW Kurse zur Finanzmarkt-Ökonometrie an, die sich an Interessenten aus den Wertpapier- und Anlageabteilungen von Banken und Versicherungen sowie an Mitarbeiter aus der öffentlichen Verwaltung und von Industrieunternehmen wenden.

Das Kurssystem ist in zwei Teile zu je zwei Tagen untergliedert, die, je nach Vorkenntnissen der Teilnehmer, unabhängig voneinander belegt werden können. Das erste Modul präsentiert Analyse- und Prognoseverfahren und stellt die Grundlage für das Kurssystem dar. Hierin sind Informationen zu den statistischen Eigenschaften von Finanzmarktzeitreihen und Basistechniken, die

im wesentlichen eine Einführung in die lineare Regressionsanalyse geben. Neben der Vermittlung der Grundideen der methodischen Verfahren werden Beispiele aus dem Finanzmarktbereich gewählt, um sinnvolle Anwendungen der Verfahren zu demonstrieren. Hierbei wird nicht nur auf „den ersten Schritt“ abgestellt – der Weg vom ökonomischen Modell zur Schätzgleichung –, sondern auch auf eine Interpretation und Beurteilung der Ergebnisse. Weitere Basistechniken umfassen „univariate Zeitreihenanalyse“ und „Erstellen von Prognosemodellen“.

Das zweite Modul beinhaltet fortgeschrittene Verfahren der Finanzmarkt-

Ökonometrie. Hierunter fallen unter anderem Tests auf Nicht-Stationarität von Zeitreihen, eine Einführung in die Kointegrationsanalyse sowie die Nutzung und Auswertung Vektor-autoregressiver Modelle. Abgerundet wird dieses Modul durch den Themenbereich „Modellierung stochastischer Volatilität“.

Als Referenten stehen neben ZEW-Mitarbeitern auch externe Experten zur Verfügung. Für den zuletzt durchgeführten Kurs in Finanzmarkt-Ökonometrie waren Prof. Dr. Peter Kugler von der Universität Bern und Dr. Jürgen Kaehler von der School of Business and Economics, University of Exeter als externe Referenten tätig. ◀

ZEW-Seminar

Zur Marktmikrostruktur von Finanzmärkten

■ Internationale Finanzmärkte bestimmen zunehmend die Wachstumsperspektiven von Industrie- und Entwicklungsländern. Die Volatilität auf diesen Märkten wird wesentlich durch den institutionellen Rahmen und den damit verbundenen Informationsverarbeitungsprozeß auf der Händlerenebene bestimmt. Aufgrund der zunehmenden Verfügbarkeit von hochfrequenten Finanzmarktdaten (Intratagesdaten) ist es in jüngster Zeit möglich geworden, die Mikrostruktur von Finanzmärkten auf einem den theoretischen Modellen entsprechenden, niedrigen Aggregationsniveau zu untersuchen.

Prof. Winfried Pohlmeier vom Center of Finance and Econometrics (CoFE) der Universität Konstanz zeigte in seinem Vortrag am ZEW die Chancen und Risiken der Finanzmarktanalyse auf der Grundlage von Transaktionsdaten auf. Exemplarisch stellte er eine jüngst am CoFE erstellte Studie zur Marktmikrostruktur des Bund Future Handels an der London Financial Futures Exchange (LIFFE) vor. Die diskreten Preissprünge des Bund Future werden mit Hilfe eines ge-

ordneten Probitmodells mit transaktionspezifischer Volatilität modelliert. In diesem Ansatz wird der Preisprozeß nicht nur durch seine vergangenen Werte erklärt. Zusätzlich werden Informationen über die unmittelbar zurückliegende Marktphase als Bestimmungsfaktoren für die Größe und die Volatilität der Preissprünge verwendet.

Für die empirische Finanzmarktfor-schung ist die Frage, inwieweit Handelstage aufgrund der an diesen Tagen auftretenden Informationen einzigartig sind bzw. inwieweit eine gemeinsame Marktmikrostruktur vorhanden ist, von besonderem Interesse. Ihre Beantwortung liefert Hinweise darauf, ob Intratagesanalysen überhaupt als repräsentativ und damit lehrreich anzusehen sind. Ferner liefert sie Hinweise auf die Ursachen von abnormen Handelstagen.

Als Lösungsansatz stellte Pohlmeier ein Minimum-Distanz-Verfahren vor, mit dem die gemeinsame Struktur von Handelstagen auf der Grundlage von Transaktionsdaten ökonomisch überprüft wird. Am Beispiel des BUND Future Handels für 22 Handelstage (August 1995)



Prof. Winfried Pohlmeier

kann gezeigt werden, daß 18 Handelstage dieselbe Struktur aufweisen. Handelstage, die durch besondere Ereignisse gekennzeichnet sind – beispielsweise Tage mit Zentralbanksitzungen – unterscheiden sich deutlich von der „normalen“ Handelsstruktur und weisen auch untereinander wenig Gemeinsamkeiten auf.

In Zukunft sollen die Auswirkungen von Fundamentalereignissen auf die Handelsstruktur analysiert werden. ◀

ZEW-Seminar

Wirkungen von Reformen des Steuer-Transfer-Systems

■ Bruno Kaltenborn, externer Doktorand an der Universität Mainz, stellte in einem ZEW-Seminar sein Modell SIM-TRANS zur Mikrosimulation des deutschen Steuer-Transfer-Systems vor. Damit lassen sich die Folgen von Reformen



Bruno Kaltenborn

der Einkommensbesteuerung, Sozialabgaben und verschiedener Transfers auf Fiskus und Arbeitsmarkt prognostizieren. Im Rahmen seiner Dissertation hat

er die Reformvorschläge für die Sozialhilfe von Parteien und Verbänden analysiert.

Eine Senkung der Anrechnung von Erwerbseinkommen auf die Sozialhilfe zur Stärkung der Arbeitsanreize und damit zur Erreichung positiver Arbeitsmarkteffekte erweist sich nach der Untersuchung von Kaltenborn als weitgehend untauglich. Dies wird wesentlich durch die quantitativ bedeutsame und überdies besonders reagible Gruppe der Frauen mit erwerbstätigem Partner verursacht:

- Falls die Frau nicht erwerbstätig ist, erhöht sich durch die reduzierte Anrechnung des Erwerbseinkommens des Partners auf die Sozialhilfe das gemeinsame Nettoeinkommen.
- Falls die Frau eine Beschäftigung aufnimmt, vermindert sich das zusätzlich erzielbare Nettoeinkommen, weil das Erwerbseinkommen nunmehr auch auf den verbleibenden Transfer angerechnet wird.

Eine Erwerbstätigkeit für diese Frau wird also durch die verminderte Anrech-

nung von Erwerbseinkommen weniger attraktiv. Dieses Problem betrifft auch und gerade die propagierte negative Einkommensteuer (bzw. Bürgergeld), aber auch den Kombilohn-Vorschlag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und einen seinerzeit im Bundesrat gescheiterten Verordnungsentwurf der früheren Bundesregierung.

Die heterogenen Vorschläge der SPD, der Grünen, der PDS und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands für eine „Grundsicherung“ haben nach Kaltenborn problematische Konsequenzen für Fiskus und Arbeitsmarkt. Während für das PDS-Konzept mit bis zu zwei Millionen Jobs weniger und zusätzlichen jährlichen Kosten von fast 130 Milliarden Mark gerechnet werden müsse, verursachten die anderen Vorschläge möglicherweise Beschäftigungsverluste von einigen hunderttausend Personen und erforderten einen zusätzlichen Finanzbedarf von zwölf bis 56 Milliarden Mark jährlich. ◀

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Osório-Peters, Suhita: *The Goals of Sustainable Development and the Reform of the EU Banana Trade Regime*, No. 98-31.

Almus, Matthias; Egel, Jürgen; Lechner, Michael; Pfeiffer, Friedhelm; Spengler, Hannes: *Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz – Eine ökonomische Analyse des Wie-*

deringliederungserfolgs, No. 98-36.

Beise, Marian; Stahl, Harald: *Public Research and Industrial Innovations in Germany*, No. 98-37.

Pfeiffer, Friedhelm; Reize, Frank: *Business Start-ups by the Unemployed – An Econometric Analysis Based on Firm Data*; No.98-38.

Büttner, Thiess; Fitzenberger, Bernd: *Cen-*

tral Wage Bargaining and Local Wage Flexibility: Evidence from the Entire Wage Distribution, No. 98-39.

■ ZEW Economic Studies

Hohmeyer, Olav; Rennings, Klaus (Hrsg.): *Man-Made Climate Change – Economic Aspects and Policy Options*, Physica-Verlag, Heidelberg, 1998.

Termine

■ Expertenseminare:

Qualitätsmanagement in Dienstleistungsunternehmen – Qualitätscontrolling für Dienstleistungen, 20. Januar 1999, ZEW-Gebäude

Umweltfreundliche Energieerzeugung in Wettbewerbsmärkten – Neue Rahmenbedingungen im Umweltrecht, 4. Februar 1999, ZEW-Gebäude

Kundenorientierte Produkt- und Prozeßentwicklung mit Quality Function Development, 9. Februar 1999, ZEW-Gebäude

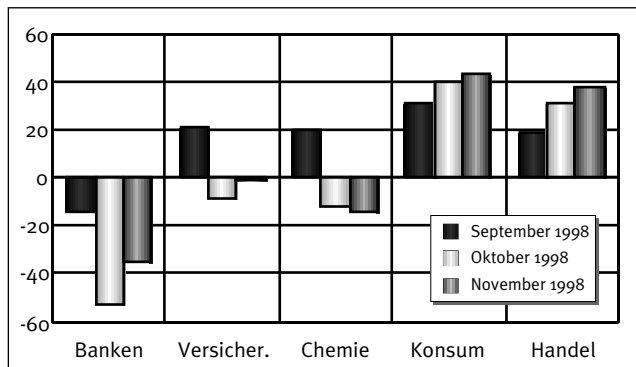
■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter <http://www.zew.de> Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das ZEW-Seminarprogramm zu.

Ute Jäckel, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail jaeckel@zew.de

Daten und Fakten

ZEW-Finanzmarkttest: Ertragswartungen im November

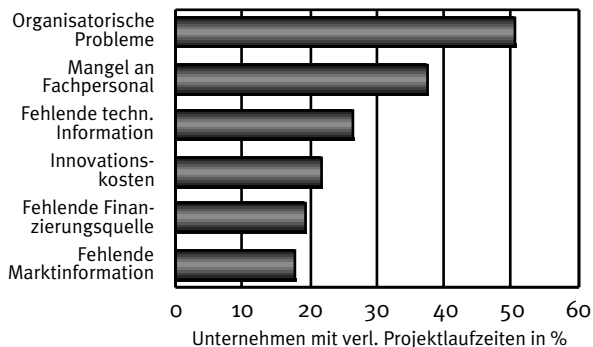


Quelle: ZEW und Datastream

Trotz der schlechten allgemeinen Konjunktüreinschätzung wurden die Branchen Banken und Versicherungen im November nicht mehr ganz so pessimistisch beurteilt. Aufgrund von Rußlandkrise und Hedgefonds-Desaster kam es im Oktober zu einer herben Korrektur in der Einschätzung dieser Branchen. Die Fusions- und Kooperationsgerüchte der letzten Wochen lassen einige Experten jedoch erneut auf Synergieeffekte hoffen. Weiter verbessert hat sich gegen den allgemeinen Trend auch die Einschätzung von Konsum und Handel. Eine steuerliche Entlastung des privaten Einkommens sollte diesen Branchen unter die Arme greifen.

Robert Dornau, 0621/1235-141

Gründe für die Verlängerung von Projektlaufzeiten im Maschinenbau

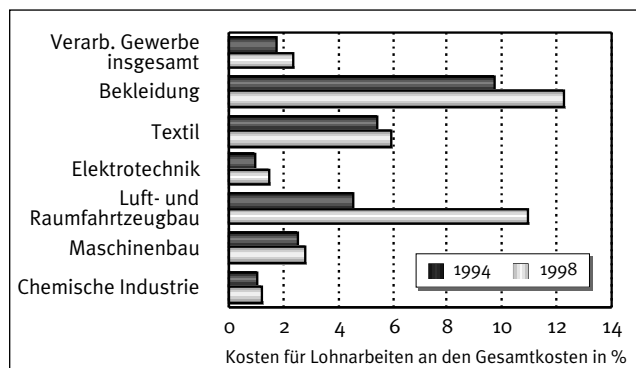


Quelle: ZEW

Bei 29 Prozent der deutschen Maschinenbauer laufen Innovationsprojekte länger als geplant, während im gesamten Verarbeitenden Gewerbe Innovationsverzögerungen lediglich bei 22 Prozent der Unternehmen auftreten. Bei mehr als jedem zweiten Maschinenbauunternehmen mit verlängerten Projektlaufzeiten führen organisatorische Probleme zu Projektverzögerungen. Der Mangel an Fachpersonal wirkt bei 38 Prozent innovationsverzögernd. Versäumnisse im Bereich der (Aus-)Bildung sollten deshalb nachgeholt und Organisationen effizienter gestaltet werden, um die Innovationskraft im Maschinenbau zu erhalten.

Dr. Thomas Cleff, 0621/1235-233

Auslagerung von Lohnarbeiten im Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; Kostenstrukturstatistik der Unternehmen

Für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Westdeutschland hat die Vergabe von Lohnarbeiten an andere Unternehmen kaum Bedeutung. Die Kosten für auswärtig ausgeführte Lohnarbeiten betragen nur 2,3 Prozent der Gesamtkosten. Seit Anfang der 80er Jahre hat die Auslagerung von Arbeit einen halben Prozentpunkt zugenommen. Allerdings ist die Entwicklung in den einzelnen Branchen uneinheitlich. Der starke Anstieg der Kosten für Lohnarbeiten im Bekleidungs-gewerbe dürfte auf den zunehmenden Lohnveredlungsverkehr mit Osteuropa zurückzuführen sein, in Luft- und Raumfahrt spielt die verstärkte innereuropäische Arbeitsteilung eine wichtige Rolle.

Martin Falk, 0621/1235-153

Anteile der Beschäftigten mit Überstunden in den neuen Bundesländern

	Männer		Frauen	
	1991	1995	1991	1995
Insgesamt	7,3	14,4	3,8	6,6
ohne berufl. Ausbildung	3,4	5,9	1,8	3,6
Lehr-/ Anlernausbildung	6,6	13,8	3,5	6,0
Meister/Techniker	8,8	15,4	4,1	6,1
Fachhochschule/Uni	10,7	18,6	7,5	11,5

Angaben in Prozent.

Quelle: 70%-Stichprobe der Mikrozensus 1991 und 1995

Überstunden sind eine weit verbreitete Art der Arbeitszeitflexibilisierung, mit der konjunkturelle Nachfrageschwankungen vergleichsweise kostengünstig ausgeglichen werden können. Der Anteil der Personen, die regelmäßig Überstunden leisten, hat sich in den neuen Bundesländern seit 1991 fast verdoppelt. Dabei ist dieser Anteil bei Hochschulabsolventen mehr als drei mal so hoch wie bei Ungelernten. Eine Ursache für die große und weiter zunehmende Bedeutung der Überstunden von Akademikern dürfte der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sein. Dieser Engpaß hat sich vermutlich durch den Beginn der konjunkturellen Aufschwungphase im Jahr 1995 noch verschärft.

Elke Wolf, 0621/1235-294



Lohnpolitik und Nachfrage

Gewerkschaftsführer in Deutschland haben es nicht leicht. Selbst wenn sie von der Notwendigkeit einer lohnpolitischen Zurückhaltung – Lohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts – überzeugt sein sollten, stoßen sie damit nicht nur bei ihren Mitgliedern auf wenig Begeisterung, sondern neuerdings auch auf Widerstand in Regierungskreisen. Dieser geht so weit, daß handfeste quantitative lohnpolitische Empfehlungen gegeben werden, was sich die Tarifvertragsparteien, bisher jedenfalls, als Eingriff in die Tarifautonomie verboten haben. Lohnabschlüsse unterhalb des Produktivitätsanstiegs gingen – so die Kritik – mit einem entsprechenden Defizit an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage einher, welches sich kumulativ verstärken und in eine (schwere) Rezession führen könne.

Dieser Befürchtung sind folgende Argumente entgegenzuhalten, wie sie auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten thematisiert:

- Es geht bei einem moderaten lohnpolitischen Kurs nicht um absolute Lohnsenkungen, sondern um geringere Steigerungen im Vergleich zur Zunahme der Arbeitsproduktivität. Die Lohneinkommen und damit die kaufkräftige Nachfrage steigen also.
- In Höhe des Abschlags von der Produktivitätszunahme entstehen Unternehmensgewinne, die ebenfalls zum Teil nachfragewirksam sind. Entweder werden die Gewinne einbehalten oder ausgeschüttet. Ein Teil der einbehaltenen Gewinne wird von den Unternehmen zum Kauf von (Investitions-) Gütern verwendet, ein Teil am Kapitalmarkt angelegt. Die ausgeschütteten Gewinne werden von den Empfängern – nach Abzug der Steuern – konsumiert oder gespart, wobei der Konsum allerdings auch importierte Güter umfaßt und die Ersparnis nicht unwesentlich sein dürfte, weil die Gewinnempfängerhaushalte eher den oberen Einkommensschichten mit einer höheren Sparneigung angehören dürften. Mithin gibt es zwei Nachfragekomponenten: die Käufe inländi-

scher Güter seitens der Unternehmen und der Gewinnempfängerhaushalte.

- Aber auch die nicht verausgabten Gewinnkomponenten können nachfragewirksam sein, wenn sie am Kapitalmarkt angelegt werden und dort Zinssenkungstendenzen zur Folge haben, woraufhin die Investitionstätigkeit angeregt werden kann. Da das Zinsniveau hierzulande weitgehend vom Weltzinsniveau bestimmt wird, dürfte dieser Effekt indessen nicht sehr zu Buche schlagen.
- Die mit der Lohnzurückhaltung einhergehende Verringerung der Lohnstückkosten verbessert die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen. Dies führt zu steigenden Exporten und ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland und kann nicht mit dem Argument abgetan werden, wenn alle Länder diese Strategie betrieben, liefe das Ganze auf ein Nullsummenspiel hinaus. Der Trugschluß liegt in der irrigen Vorstellung, das Welthandelsvolumen sei eine feste Größe. Ein höherer Wettbewerb führt jedoch zu einem intensiveren Handel, bei dem alle Länder gewinnen, es sei denn, sie verweigerten sich der notwendigen Anpassung.
- Schließlich verhindert eine moderate Lohnpolitik, daß Arbeit im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren teurer und infolgedessen wegrationalisiert wird. Je nach Entwicklung der übrigen Faktorpreise kommt eine Substitution zugunsten neuer Arbeitsplätze zustande.

Nimmt man alle Einzeleffekte in den Blick, so ist das Argument, eine moderate Lohnpolitik sei wegen des Nachfrageausfalls wirkungslos, wenn nicht sogar kontraproduktiv, alles in allem nicht überzeugend, von wirtschaftlichen Extremsituationen abgesehen, die aber zur Zeit und für die absehbare Zukunft nicht einmal ansatzweise erkennbar sind.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail buscher@zew.de,
Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-mail voss@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher